Katholisches Hilfswerk macht sich für offene Gesellschaft stark

23. August 2022



Aachen (KNA) Zum „Internationalen Tag zum Gedenken an die Opfer von Gewalt aufgrund von Religion oder Glauben“ macht sich das katholische Hilfswerk missio Aachen für pluralistische Gesellschaften stark. „Autoritäre, nationalistische und populistische politische Systeme bedrohen weltweit immer stärker das Menschenrecht auf Religionsfreiheit“, erklärte missio-Präsident Dirk Bingener am Sonntag. Der zivilgesellschaftliche Einsatz für freiheitliche und pluralistische Gesellschaften sei „ein kaum zu überschätzender Beitrag, um Menschen vor Diskriminierung oder gar Verfolgung aufgrund ihres Glaubens zu schützen“.

Der „Internationaler Tag zum Gedenken an die Opfer von Gewalt aufgrund von Religion oder Glauben“ wird von den Vereinten Nationen immer am 22. August begangen. In Myanmar beispielsweise verfolge die Militärjunta religiöse Minderheiten wie Christen, Muslime oder Hindus, aber auch Buddhisten, die sich für Demokratie und Freiheit einsetzen, so Bingener. Auf den Philippinen knüpfe die neue Regierung Marcos jr. an den politischen Populismus der Regierung Duterte an. „In dem mehrheitlich katholischen Land geraten oppositionelle Christinnen und Christen, die für Pluralismus und Menschenrechte kämpfen, immer stärker unter Druck. Sie werden zu sogenannten Terroristen oder Kommunisten abgestempelt, was

sie in große Gefahr bringt.“

Wie sehr der zivilgesellschaftliche Einsatz der Kirche gegen autoritäre Regime aktive Christinnen und Christen mittlerweile gefährde, zeige aktuell das Beispiel Nicaragua: Dort spitze sich mit der jüngsten Verhaftung von Bischof Rolando Jose Alvarez Lagos durch das Ortega-Regime die Lage weiter zu. „Zuletzt sind auch katholische Fernsehsender und Radiostationen geschlossen worden, der Versuch, die Menschen mundtot zu machen.“

Große Sorgen bereitet missio Aachen auch der politische und ideologische Missbrauch von Religion wie etwa in Indien, wo der Hindu-Nationalismus immer stärker werde. In mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern und Regionen stelle der politische Islam und islamistisch gerechtfertigter Terror nach wie vor ein großes Problem für religiöse Minderheiten dar, darunter Christinnen und Christen. „Deshalb ist es wichtig, dass auch in solchen Regionen und Ländern der zivilgesellschaftliche Einsatz für Demokratie, Freiheit und die Unteilbarkeit der Menschenrechte von Angehörigen verschiedener Religionen durch den interreligiösen Dialog gefördert wird“, so missio-Präsident Bingener.

© KNA

Beitragsbild: JordyMeow via pixabay.com

Stand: 17. November 2026